



Bericht aus Berlin

14. Oktober 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Gaspreisbremse kommt – doch sie kommt viel zu spät. Jetzt rächt sich, dass die Ampel über den Sommer wertvolle Zeit vertrödelt und dazu noch wider besseren Wissens hartnäckig an Ihrer verkorksten Gaspreisumlage festgehalten hat. So gibt es jetzt die Übernahme einer Heizkostenabschlagszahlung durch den Staat im Dezember. Ein reichlich unscharfes Instrument, da die einzelnen Versorger höchst unterschiedlich mit den Anpassung ihrer Abschlagszahlungen umgehen. Zum Teil wurden sie frühzeitig angehoben, um den Kunden hohe Nachzahlungen zu ersparen. Andere Unternehmen setzen auf die Eigenverantwortung der Verbraucher und damit relativ niedrige Abschlagszahlungen. Wer vorsorglich Geld für die sich abzeichnende Nachzahlung zurückgelegt hat, zeigt also vorbildliches Verantwortungsbewusstsein – und ist bei der Auszahlung der staatlichen Unterstützung gekniffen, weil die sich rein am Abschlag orientiert.

Stichwort Auszahlung: Für mich ist es ein absolutes Trauerspiel, dass der Staat nach diversen Hilfspaketen immer noch keine Möglichkeit gefunden hat, seinen Bürgern unkompliziert Geld zukommen zu lassen. Die nötigen Umwege über Gehalts- und Nebenkostenabrechnungen sind fehlerbehaftete Notbehelfe, die regelmäßig ganze Bevölkerungsgruppen ausklammern. Gerade bei Rentnern und Studierenden – mit oder ohne Nebenjob – wird die Lage absolut unübersichtlich. Wenn Finanzminister Lindner davon ausgeht, dass es rund eineinhalb Jahre dauern würde, die Kontonummern der Bürger zentral zu erfassen, anschließend aber nur 100.000 Überweisungen täglich leistbar wären, ist das ein Paradebeispiel für die hoffnungslos verschnarchte Digitalisierung unserer Verwaltung.

Hier scheinen in vielen Bereichen immer noch Ärmelschoner, Eingangsstempel und Hängeregister statt modernem Bürgerservice an der Tagesordnung zu sein.

Doch zurück zur Gaspreisbremse. Der Ansatz, den notwendigen Grundverbrauch für den Bürger bezahlbar zu halten und erst über dessen Grenze hohe Marktpreise durchschlagen zu lassen, ist gut und richtig – was daran liegen mag, dass er in weiten Teilen von der Union stammt. Das von der CDU schon zu Zeiten der unseligen Gasumlage eingeforderte Konzept bringt die wesentliche Anreize und Steuerungselemente zusammen: Wer sparsam heizt, wird durch die Abrechnung zum bezuschussten Spartarif noch einmal kräftig belohnt. Wer die Heizung rund um die Uhr kräftig aufdreht, muss für den zusätzlichen Luxus den Marktpreis bezahlen und entsprechend tief in die Tasche greifen. Damit schaffen wir einen deutlichen Anreiz zum Energiesparen ohne den Markt durch rigide Preisdeckel zu Tode zu regulieren.

Wie gesagt, ein gutes Konzept – aber leider wieder einmal ein typischer Ampel-Zeitplan. Greifen soll die Preisbremse – wenn denn alles gut geht und man sich einig wird – im März. Dass die überfällige Unterstützung erst kommen soll, wenn sich die Heizperiode ohnehin dem Ende zuneigt, ist ein Schlag ins Gesicht der vielen Menschen in unserem Land, die auf schnelle Hilfe warten. Diese Menschen wissen heute nicht, wie sie ihre Heizkosten noch irgendwie bezahlen sollen. Sie auf den Frühling zu vertrösten, ist zynisch und zeigt, dass das rot-grün-gelbe Regierungsbündnis die Bodenhaftung und jeden Kontakt zu den Bürgern längst verloren hat.



Bericht aus Berlin

14. Oktober 2022

Das gilt übrigens auch für ein Problem, das vielen Kommunalpolitikern, aber auch ehrenamtlich engagierten Bürgern auf den Nägeln brennt: Die Zahl der Asylgesuche steigt deutlich an und liegt von Januar bis September bereits um 35% über dem Vorjahreswert. Und das in einer Zeit, in der es mit der Unterbringung von rund einer Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge ohnehin eine gewaltige Aufgabe zu stemmen gilt. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich stehe unverrückbar zum Grundrecht auf Asyl. Aber zu diesem Grundrecht gehört auch, dass nur diejenigen Asyl erhalten, die es aus gutem Grund beantragen. Die von der Ampel aus ideologischen Gründen vorangetriebene Verquickung von Asyl und unregulierter Einwanderung - Stichwort „Chancen-Aufenthaltsrecht“ - wird die Migrationsströme nach Deutschland weiter anschwellen lassen. Der in Europa einmalige deutsche Sonderweg bei der Migration hat bereits zur Überlastung der Aufnahmekapazitäten in vielen Städten und Gemeinden geführt. Wer ihn fortsetzt, riskiert aber noch weit mehr: Er verspielt die große Hilfsbereitschaft und das gewaltige ehrenamtliche Engagement, das die Menschen in unserem Land bisher bei der Aufnahme von Flüchtlingen gezeigt haben.

Wenn die Tage kürzer und kälter werden, wird es zunehmend verlockender, es sich mit einer warmen Decke und einem guten Buch auf dem Sofa gemütlich zu machen. Spannende Lektüre verspricht das gerade erschienene Werk „Die Akte Scholz: Der Kanzler, das Geld und die Macht“, das die üppigen Steuergeschenke des damaligen Hamburger Bürgermeister an eine Privatbank, die gern an die SPD spendete, detailliert aufarbeitet.

Ein Krimi, in dem der Protagonist es aus – mir absolut unerfindlichen Gründen – immer noch schafft, den Bürgern und Steuerzahlern in diesem Land das letzte Kapitel schuldig zu bleiben. Für mich gibt es eigentlich nur zwei mögliche Handlungsstränge, die auf das selbe Ende hinauslaufen. Sollte Scholz tatsächlich derart gravierende Gedächtnisprobleme haben, wie er uns glauben machen will, kann er nicht Kanzler bleiben. Sollte er dagegen den Bundestag, die Medien und letztlich jeden einzelnen von uns vorsätzlich belogen haben, kann er erst recht nicht Kanzler bleiben. Was glauben Sie – wie wird die Geschichte um den Kanzler, das Geld und die Macht ausgehen?

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden.
- Warburg-Steuerskandal: Offene Fragen im Buch „Die Akte Scholz: Der Kanzler, das Geld und die Macht“

Ihr/Euer



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 11. Oktober 2022

20. WP/ 20

I. Kernbotschaften der Woche

Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden.

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit August/September nochmals deutlich zugenommen. Von Januar bis August 2022 wurden in Deutschland 132.600 Asylanträge gestellt (115.400 Erstanträge, 17.200 Folgeanträge). Das sind 35,4 % mehr als im Vorjahr. Diese Zahlen enthalten noch nicht die Aufnahmen von ukrainischen Kriegsflüchtlings, denn diese durchlaufen kein Asylverfahren.

Von der Bundesregierung haben wir bisher keine eindeutigen Angaben erhalten, wie dieser Anstieg zu erklären ist. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung aber enorm unter Druck. Auch durch die Aufnahme zahlreicher ukrainischer Kriegsflüchtlinge sind die Kapazitäten vielerorts erschöpft. Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des Krieges in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.

Wenn die Bundesregierung nicht rasch reagiert, stehen wir vor einer Migrationskrise. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen. **Mit unserem Leitantrag in dieser Woche fordern wir deshalb: Die Bundesregierung muss ihren migrationspolitischen Sonderweg in Europa beenden.** Sie muss die Pläne für das „Chancen-Aufenthaltsrecht“ und weitere Migrationspakete aufgeben. Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden.

Warburg-Steuerskandal: Offene Fragen im Buch „Die Akte Scholz: Der Kanzler, das Geld und die Macht“

Der Warburg-Steuerkandal wirft nicht nur ein schlechtes Licht auf die Hamburger Politik – es entsteht auch Politikverdrossenheit. Nach wie vor sind den Vorgängen um die Warburg-Bank in Hamburg viele Fragen offen. Hierbei geht es um politische Einflussnahme und insbesondere um die Rolle des damaligen Ersten Bürgermeisters von Hamburg, Olaf Scholz. Sein Umgang mit der Affäre ist geprägt von Erinnerungslücken, Widersprüchen und Wirrwarr um Kalendereinträge. Sowohl der Deutsche Bundestag als auch das Hamburger Abgeordnetenhaus wurden seitens Scholz nur unzureichend informiert. Es wurde bestenfalls nur bestätigt, was ohnehin bereits bekannt war.

Mit dem nun erschienen Buch „Die Akte Scholz – der Kanzler, das Geld und die Macht“ von Oliver Schröm und Oliver Hollenstein beginnt ein neuerlicher öffentlicher Aufklärungsversuch. **Wir machen die Hamburger Affäre deshalb in der laufenden Sitzungswoche zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde.** Statt Erinnerungslücken und immer neuen Ausweichversuchen braucht es eine umfassende und ehrliche Einlassung des heutigen Bundeskanzlers und seines Umfeldes. Gerade angesichts der gravierenden aktuellen Krise darf es nicht sein, dass der Bundeskanzler sich an wichtige Inhalte von bedeutenden Gesprächen nicht erinnern kann.

II. Die Woche im Parlament

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Der von den Sicherheitskräften des Mullah-Regimes herbeigeführte Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini am 17. September 2022 hat landesweit Proteste entzündet. Die Iraner gehen für Freiheit, Gerechtigkeit und die Überwindung des repressiven islamistischen Herrschaftssystems auf die Straße. Mit unserem Antrag **Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen** fordern wir die Bundesregierung zu mehr Unterstützung für die mutigen Iranerinnen und Iraner auf. Mittlerweile reichen die Proteste in zahlreiche Städte und Institutionen. Das Regime greift unterdessen zu immer härteren, repressiveren Maßnahmen. So wurden Proteste an der renommierten Scharif-Universität in Teheran mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Die Unterdrückung der Frauen in der iranischen Gesellschaft ist seit Jahrzehnten eine der größten systematischen Menschenrechtsverletzungen der Welt. Seit langen Jahren besteht die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen. Auf diesem Weg bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere Deutschlands und Europas. Mit Sonntagsreden von einer vermeintlich „feministischen Außenpolitik“ ist den Frauen im Iran nicht geholfen. Die

konkrete Verbesserung der Lage der Frauen im Iran muss Gradmesser für den Erfolg der deutschen und europäischen frauenorientierten Außenpolitik sein.

Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen. In den vergangenen Monaten hat die Inflationsrate in Deutschland stark zugelegt. Insbesondere Heizkosten und die Preise für Lebensmittel sind stark gestiegen. Alleinerziehende tragen eine doppelte Verantwortung. Sie arbeiten zudem häufig in Teilzeit und müssen dafür Abstriche beim Verdienst machen. Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, als Sofortmaßnahme für Alleinerziehende den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben und das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Die Bundesregierung soll zudem kurzfristig und unbürokratisch einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einführen und den Freibetrag nach dem Wohngeldgesetz für Alleinerziehende nochmals um 20 Prozent anheben. So können wir Alleinerziehende in der aktuellen Situation schnell und effektiv entlasten.

Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen. Die Güterverkehrs- und Logistikbranche befindet sich seit Beginn der Corona-Pandemie in einer schweren Krise. Ging es zunächst darum, die Lieferketten und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, rücken nun andere Themen in den Blick der Öffentlichkeit: Durch den Zustand der Infrastruktur sind die Kapazitäten vielerorts weiter eingeschränkt. Dies betrifft insbesondere die Straßen- und Schienen-Infrastruktur, die durch den zunehmenden Verkehr überlastet sind. Auch die Wasserstraßen sind durch das extreme Niedrigwasser in diesem Sommer betroffen. Hinzu kommen die gestiegenen Energiepreise, die alle Verkehrsträger betreffen. In unserem Antrag bringen wir 11 Forderungen mit dem Schwerpunkt Straßengüterverkehr vor und fordern die Bundesregierung auf, mehr zu tun, um den betroffenen Unternehmen zu helfen und die Lieferketten zu stabilisieren.

Mit unserem Antrag **Lehren aus dem Flughafenchaos – Passagier- und Gepäckkontrollen sicher, effektiv und zukunftsfähig aufstellen** lenken wir den Blick auf das Chaos an den deutschen Flughäfen. Auch in den anstehenden Herbstferien drohen wieder unhaltbare Zustände. Die im Sommer von der Bundesregierung angekündigte kurzfristige Aufnahme von 2000 Hilfskräften aus der Türkei für den Einsatz an den Flughäfen hat sich als Flop erwiesen. Wir machen deshalb Vorschläge, wie das System der Luftsicherheitskontrollen verändert werden sollte. Darüber hinaus braucht es Anpassungen bei den Zuverlässigkeitsüberprüfungen (ZÜP) für die Mitarbeiter der Sicherheitskontrollen. Die ZÜP sollten beschleunigt werden, aktuell nehmen sie im Schnitt 6 bis 8 Wochen in Anspruch und sind nicht einmal

deutschlandweit gültig. Außerdem brauchen wir mehr Flexibilität beim Einsatz der sicherheitsüberprüften Mitarbeiter.

Dem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland widmen wir uns mit unserem Antrag **Fach- und Arbeitskräfte mit zielgerichteten Maßnahmen im Inland gewinnen**. Seit einigen Jahren steigt in Deutschland der Fach- und Arbeitskräftemangel. Stand heute sind 1,93 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind bislang Berufe in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro, Transport und Verkehr sowie Kulturwirtschaft. Die zurückliegenden Corona-Jahre haben die Mangellage noch verschärft. Es ist absehbar, dass dieses Problem in den kommenden Jahren zusätzlich an Schärfe und Breite gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Der politische Handlungsdruck ist hoch. In unserem Antrag schlagen wir deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland zu stärken.

Im Gebäudesektor ist eine deutliche Steigerung der energetischen Sanierungen notwendig. Nur so können wir die Klimaziele erreichen. Mit unserem Antrag **Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen** zeigen wir die zahlreichen Hürden im Steuerrecht auf, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Das – sowie zahlreiche weitere Punkte – wollen wir ändern, indem wir insbesondere folgende Maßnahmen fordern: Vermieter neu zu bauender Gebäude sollen eine Sonderabschreibung geltend machen können. Für Vermieter bestehender Gebäude wollen wir die anschaffungsnahen Herstellungskosten reformieren, Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude einen Sonderausgabenabzug ermöglichen, für Selbstnutzer bestehender Gebäude die energetische Sanierung überarbeiten, WEGs unter die Stromeigenversorgung des EEG fassen und für alle Steuerpflichtigen steuerliche Erleichterungen bei PV-Anlagen schaffen.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In erster Lesung beraten wir den von den Ampelfraktionen vorgelegten Entwurf für ein **Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds**. Die Bundesregierung will den Wirtschaftsstabilisierungsfonds – der bereits in der Corona-Krise der Stützung der Wirtschaft diente – reaktivieren, um den Gaspreisdeckel und weitere Hilfen in der aktuellen Energiepreissituation abzuwickeln.

Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Mit dem Entwurf will die Ampelkoalition das Gute-Kita-Gesetz fortschreiben und in den Jahren 2023–2024 bestimmte qualitative Maßnahmen umsetzen. Neu ist dabei, dass mehr als 50 % der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auf priorisierte qualitative Maßnahmen verwendet werden müssen – z.B. Stärkung des Fachkraftschlüssels, oder die Fachkräftegewinnung. Seit 2019 bereits begonnene Maßnahmen (aus nicht-priorisierten Handlungsfeldern) können bis Mitte 2023 fortgeführt werden. Der Bund stellt den Ländern in den Jahren 2023 und 2024 rund 2 Mrd. EUR pro Jahr zur Verfügung.

Zwölftes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes. Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Mit der Einführung des „Bürgergeldes“ plant die Ampelkoalition eine umfassende Reform. Dabei sollen die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für verwalten, nicht für aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das SGB II und das mit ihm eingeführte Prinzip des Förderns und Forderns haben sich hingegen bewährt. Nach 17 Jahren praktischer Erfahrung mit dem SGB II wollen wir die Hilfen für Arbeitslose in der Grundsicherung optimieren. Unser Fokus liegt auf dem Fördern von Menschen und der Vermittlung in Arbeit. Denn nur mit der Aufnahme einer dauerhaften Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit dauerhaft und nachhaltig beendet werden. Deshalb wollen wir mit einem Maßnahmenpaket aus verbesserter Vermittlung und intensiverer Betreuung sowie Strukturverbesserungen dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich schnell und nachhaltig in Arbeit vermittelt werden.

In dieser Woche stehen zudem mehrere Vorhaben der Ampelkoalition zur Umsetzung des Entlastungspakets III auf der Tagesordnung. Im Einzelnen handelt es sich um das **Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz)**, das **Gesetz zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes und des Elften Buches Sozialgesetzbuch** sowie das **Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs**. Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz soll die Berechnungsformel für das Wohngeld angepasst werden, so dass mehr Haushalte Wohngeld erhalten können. Darüber hinaus soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente im Wohngeld verankert werden, um die höheren Energiepreise zu berücksichtigen. Für die Übergangszeit in der Heizperiode bis Januar 2023 will die Bundesregierung zudem eine weitere Einmalzahlung (Heizkostenzuschuss II) auf den Weg bringen – insbesondere für

Wohngeldempfänger, Rentner und Versorgungsempfänger sollen darüber hinaus ebenfalls von einer Einmalzahlung zum Energiepreisausgleich profitieren.

Darüber hinaus befassen wir uns weiteren Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise: Mit dem **Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zur Verlängerung des sogenannten Spitzenausgleichs** und dem **Gesetz zu Herkunftsnachweisen für Gas, Wasserstoff, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien und zur Änderung der Fernwärme- oder Fernkälte-Verbrauchserfassungs- und -Abrechnungsverordnung**.

Mit dem **Gesetz zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der dritten Generation**, das wir in erster Lesung beraten, werden Regelungen für Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems der dritten Generation vorgelegt. Die neuen Rechtsgrundlagen erweitern sowohl den Anwendungsbereich als auch die Funktionen des SIS umfassend. Eine der wesentlichen Neuerungen ist, dass auch Nichtpolizeibehörden direkt an das SIS angeschlossen werden. In Deutschland betrifft dies mehr als 2.000 zusätzliche Behörden. Dazu gehörten z.B. die Ausländerbehörden, das Auswärtige Amt, das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, die Auslandsvertretungen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland 2022 „Ostdeutschland. Ein neuer Blick.“ und Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2021. Der Bericht des Ostbeauftragten legt die aktuellen Entwicklungen und Trends in den neuen Ländern dar. Im ersten der drei Teile des Berichts schildern 15 verschiedene Autorinnen und Autoren den aktuellen Stand und geben Ausblicke auf die Zukunft. Teil 2 – der Deutschland-Monitor – erhebt statistische Daten zur Einstellung gegenüber der Demokratie und Politik in Deutschland. Die wichtigsten Themen sind derzeit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Inflation, Lebenshaltungskosten, dem Klimawandel und der Energie. Alarmierend ist die gesunkene Zahl derer, die mit der Funktionsweise unserer Demokratie zufrieden sind. Lag die Zahl 2020 im Osten noch bei fast 50 Prozent, so liegt sie nun bei lediglich 39 Prozent. Im letzten Teil des Berichts werden die Vorhaben der Bundesregierung für den Osten Deutschlands in der 20. Legislaturperiode aufgeführt. Neben steigenden wirtschaftlichen Kennzahlen zeigt der Bericht des Ostbeauftragten auch, dass die wirtschaftliche Einheit noch nicht vollendet ist. Ein Lohngefälle zwischen Ost und West besteht weiterhin. Gemessen am Bevölkerungsanteil sind Ostdeutsche in Führungspositionen deutlich

unterrepräsentiert. Grundsätzlich ist der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland zwar im Aufschwung (bspw. Neuansiedlungen von Tesla, Intel, Bosch), dennoch gibt es weiterhin strukturschwache Regionen. Bis zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Ost und West müssen noch einige Hürden gemeistert werden.

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte - Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern. In dieser Woche entscheiden wir über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak. Die Bundesregierung schlägt eine Verlängerung vor. Dies ist auch ein Ergebnis der Überprüfung des Einsatzes, die im Rahmen des Bundestagsmandats vom 28. Januar 2022 beauftragt wurde. Der Einsatz zielt darauf ab, die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte nachhaltig zu befähigen, die Sicherheit und Stabilität in Irak eigenständig zu gewährleisten und ein Wiedererstarben der Terrororganisation des sog. Islamischen Staates (IS) zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft ist diesem Ziel in den letzten Jahren deutlich nähergekommen, hat es aber noch nicht erreicht. Eine Fortsetzung des Engagements ist daher notwendig, um das bisher Erreichte zu konsolidieren und tragfähig weiterzuentwickeln. Die Mandatsobergrenze verbleibt bei 500 Soldatinnen und Soldaten.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 11. Oktober: Buch „Die Akte Scholz“ (zum Thema cum-ex) von Oliver Schröm erscheint
- 11. Oktober: Flüchtlingsgipfel des BMI mit BMin Faeser und BY IM Herrmann
- 12. Oktober: Treffen des Bündnisses „Bezahlbarer Wohnraum“ im BK Amt mit BK Scholz und BM Geywitz; Vorstellung Maßnahmenpaket zur Beschleunigung des Wohnungsbaus
- 16. Oktober: Beginn World Health Summit in Berlin

2. Außen/EU:

- 11./12. Oktober: Informelle Tagung der EU-Energieminister
- 12. Oktober: NATO-Außenministertreffen
- 13. Oktober: NATO-Verteidigungsministertreffen
- 13. Oktober: Beginn der Jahrestagung von IWF und Weltbank
- 13. Oktober: G20-Finanzministertreffen
- 14. Oktober: EU-Innenministertreffen
- 16. Oktober: Beginn des Parteikongresses der Kommunistischen Partei Chinas